



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe März 2012 - I

Inhalt:

1. **Haushalt 2012 / 2013**
2. **Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte mit MP Beck**
3. **Unser EMS ist sicher**
4. **Internationaler Frauentag**
5. **Baumholder bleibt?!**
6. **Falschbetankungen: Keine technische Sperre**
7. **Vertrauensleute der GdP**
8. **Friedliche Gesinnung**
9. **Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!**
10. **Leserbrief zu ‚Deutsche Polizei‘ 3/2012**

1. Haushalt 2012 / 2013

Die GdP führt seit Monaten intensive Gespräche mit den Fraktionen im Landtag – auf der Seite der Regierung mit SPD und Grünen, auf Seite der Opposition mit der CDU. Zur Untermauerung entwickelte die GdP ein Haushaltspapier, das den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde – mit dem eindeutigen Schwerpunkt Personalausstattung.

Die Regierungsfractionen stellen die Schuldenbremse in der Verfassung in den Vordergrund und weisen unsere Forderungen weitgehend zurück. Die CDU hat einen formellen Antrag (Drucksache 16/519) eingebracht, den wir in Teilen hier zitieren:

„Die Personalausstattung der Polizei in Rheinland-Pfalz ist problematisch. Sie hat nach wie vor nicht den Stand, der notwendig wäre, um die wachsenden Anforderungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit bewältigen zu können.

Wie wichtig aber eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei für die Abwehr von Gefahren für Leib und Leben ist, zeigen die aktuellen Diskussionen und Warnungen vor terroristischen Angriffen oder die deutliche Zunahme von gewalttätigen Ausschreitungen, z. B. im Rahmen von Fußballspielen oder sonstigen Großveranstaltungen. Auch dem Anstieg von rechts- bzw. linksextremistisch motivierten Straftaten und Gewaltausschreitungen bei Demonstrationen muss polizeilich Rechnung getragen werden. Außerdem muss die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte konsequent verfolgt und bestraft werden. Die Einführung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften ist bei



Matthias Lammert,
Polizeisprecher der
CDU



der Strafverfolgung dieser Delikte sinnvoll.

Auch die rund 1,6 Mio. Überstunden der rheinland-pfälzischen Polizei sind ein deutlicher Hinweis auf die hohe Belastung unserer Polizistinnen und Polizisten. Gleiches gilt für den hohen Krankenstand und die zunehmenden Zahlen dienstunfähiger Beamtinnen und Beamter. Die krankheitsbedingten Fehlertage haben im Vergleich der Jahre 2003 und 2007 von 138 429 auf 175 678 erheblich zugenommen. Die Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten hat sich von 2003 mit 429 Beamtinnen und Beamten auf den heutigen Stand (Ende 2011) mit rund 950 eingeschränkt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten mehr als verdoppelt.

Hinzu kommt, dass es aktuell zusätzlich einen faktischen Personalausfall durch die Gewährung von Elternzeit oder Teilzeitbeschäftigung in Elternzeit sowie durch den Vollzug der Mutterschutzvorschriften in Höhe von 350 Stellen gibt.

Im Ergebnis ist damit die Zahl der tatsächlich vollständig zur Verfügung stehenden Beamtinnen und Beamten wesentlich geringer als von der Landesregierung behauptet. Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz zwar etwa 9 450 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte. Schon heute liegt allerdings die Verfügungsstärke aufgrund der vorgenannten Punkte bei nur rund 8 750 Vollzeitäquivalenten. Im Jahr 2016 wird sich die Gesamtzahl der ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auf 9 000 reduzieren, was einer Verfügungsstärke von 8 300 Vollzeitäquivalenten entspricht.

Diese personellen Auswirkungen sind auch heute schon dramatisch spürbar bei dem fehlenden Personal bei den Jugendverkehrsschulen, aber auch bei der Polizeipräsenz vor Ort, besonders in den ländlichen Regionen. Zudem wird es immer schwieriger, ausreichend Bezirksbeamtinnen und Bezirksbeamte bei den jeweiligen Polizeiinspektionen zu stellen; wobei oftmals die Bezirksbeamtinnen und -beamte das direkte und persönliche Bindeglied zwischen Polizei und Bevölkerung darstellen. Im Übrigen führt eine individuelle Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei geschlossenen Einsätzen zu einer noch leichteren Identifizierung und einer möglichen Verfolgbarkeit bis ins Private hinein. Die individuelle Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten wird daher abgelehnt.

Nicht zielführend sind auch die Planungen zur Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt und der Verlegung der dortigen Hundertschaft nach Enkenbach-Alsenborn. Die Liegenschaft der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt verfügt über einen baufachlich guten Zustand. Es gibt keine plausiblen polizeitaktischen Erwägungen, den Standort zu verlegen, außerdem hat sich die jahrelange Praxis, an allen Polizeipräsidiumsgebieten jeweils einen Standort der Bereitschaftspolizei vorzuhalten, bewährt.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- die Zahl der Anwärterinnen- und Anwärterstellen bei der Landespolizeischule auf dem Stand von 350 zu erhalten;
- dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten eine Mindeststärke in Form eines absoluten Minimums von 9 000 Polizeibeamtinnen und -beamten hat; hierbei ist von 9 000 Vollzeitäquivalenten auszugehen;
- im Rahmen der Personalkostenbudgets die vorgesehenen Kürzungen bei den Be-



förderungsstellen zurückzunehmen;

- die geplante Zusammenlegung der Kommissariate K1 (Straftaten gegen das Leben) und K2 (Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Sexualdelikte) nicht umzusetzen;
- den Bereitschaftspolizeistandort in Schifferstadt zu belassen sowie
- den eventuellen Neubau einer Polizeiautobahnstation am Koblenzer Dreieck nochmals zu überdenken und aus wirtschaftlichen und polizeitaktischen Gründen die Möglichkeit eines Anbaus an einer bestehenden Polizeiautobahnstation zu prüfen.“

Der Antrag der CDU fand im Parlament erwartungsgemäß keine Mehrheit. **Heinz Werner Gabler**, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Die Auswirkungen des Haushalts werden wir alle am 18. Mai zum Beförderungstermin schmerzhaft fühlen; die zu geringen Einstellungszahlen werden in den kommenden Jahren die Pensionsabgänge nicht mehr ersetzen. Das wird in einigen Jahren nicht nur der Polizei, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern wehtun.“

Ernst Scharbach: „Ich fürchte, wir laufen auf ein Desaster zu! Die Regierung muss mindestens dafür sorgen, dass die Planstellen auch besetzt werden!“

2. Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte mit MP Beck

Kurt Beck hat sich mit der AG der Hauptpersonalräte zu einem Meinungsaustausch getroffen. Die AG war mit 30 Teilnehmerinnen/Teilnehmer vertreten. Für den



HPRP nahm die stellvertretende Vorsitzende Margarethe Relet an der Gesprächsrunde teil. Es ging um aktuelle Fragen des Dienstrechts (Besoldungserhöhung, Einschnitte bei der Beihilfe), um die Konsolidierung des Haushaltes durch Stellenabbau in bestimmten Bereichen und um die Situation der Nachwuchsgewinnung. Margarethe Relet wies auf die Probleme der Nachwuchsbindung, hauptsächlich im IT-Bereich hin. Viele qualifizierte Neuzugänge verlassen nach kurzer Zeit den öffentlichen Dienst wieder, weil die freie Wirtschaft besser bezahlt. Die nach dem TV-L vorgesehene Möglichkeit der Vorweggewährung einer Entgeltstufe oder die Zahlung einer Zulage,

um qualifiziertes Personal zu halten, wird aufgrund des ständig sinkenden Personalausgabenbudgets im Tarifbereich nicht ausgeschöpft. Ein weiteres Thema war das Audit berufundfamilie. Um Gelder einzusparen wird über Alternativen der Re-Auditierung durch die Hertie-Stiftung nachgedacht. MP Beck sagte zu, dass vor einer Entscheidung in dieser Sache die Staatskanzlei mit der AG Hauptpersonalräte ins Gespräch kommt. Für den HPRP wurde Stefanie Loth – Vorsitzende der GdP-Landesfrauengruppe – für die Mitarbeit zu diesem Thema gemeldet. „Gute Arbeitsbedingungen für den öffentlichen Dienst seien der Landesregierung ein wichtiges Anliegen“, so Kurt Beck. Die GdP wird ein Auge darauf halten, dass sich die Arbeitsbedingungen bei der Polizei nicht noch weiter verschlechtern und den Ministerpräsidenten beim nächsten Treffen an seine Worte erinnern.

3. Unser EMS ist sicher

Aus NRW schwappte die Meldung zu uns, dass es am Einsatzmehrzweckstock in mehreren Fällen zum Bruch des Griffstückes kam. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW fordert deshalb, dass umgehend alle Griffstücke am neuen EMS-A



ausgetauscht werden.

Auf Nachfrage der GdP RP teilte Herr Vehar (ISIM) mit: „Hallo Herr Gabler, die ZPT hatte sich bereits um die Sache gekümmert. In NRW handelt es sich um einen ausziehbaren Einsatzmehrzweckstock (EMS-A), den wir nicht in unserem Bestand haben. Insofern sind wir von der Sachlage in NRW nicht betroffen.“

4. Internationaler Frauentag



Steffi Loth, Vorsitzende der GdP-Frauengruppe

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März ein neues Faltblatt »Frauen in Rheinland-Pfalz« veröffentlicht. Dieser neuen Publikation lassen sich viele interessante Informationen über die Situation der Frauen in der Gesellschaft entnehmen.

- Frauen leben im Schnitt länger als Männer: Die durchschnittliche Lebenserwartung der rheinland-pfälzischen Frauen liegt bei 82,4 Jahren, die der Männer bei 77,5 Jahren.
- Frauen erzielen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse als Männer: Rund 35 Prozent der jungen Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es 26 Prozent.
- Frauen wagen seltener den Schritt in die Selbstständigkeit als Männer: In Rheinland-Pfalz ist ein Drittel der Selbstständigen weiblich.
- Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit als Männer: Fast 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Rheinland-Pfalz gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den Männern sind es nur knapp sechs Prozent.
- Frauen verdienen weniger als Männer: Der Verdienst der Frauen liegt in Rheinland-Pfalz um 22 Prozent unter dem Verdienst der Männer.
- Frauen sind seltener Mitglied in Sportvereinen als Männer: Von den Mitgliedern in rheinland-pfälzischen Sportvereinen sind 39 Prozent Frauen.
- Frauen sind weniger von Übergewicht betroffen als Männer: In Rheinland-Pfalz sind 45 Prozent der erwachsenen Frauen übergewichtig, bei den erwachsenen Männern sind es 62 Prozent.
- Frauen sind nicht so oft an Verkehrsunfällen beteiligt wie Männer: In Rheinland-Pfalz sind von den Unfallbeteiligten 34 Prozent weiblich.

Das Faltblatt enthält ausgewählte Daten zu verschiedenen Themenbereichen wie z. B. Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit und Verdienste.

http://www.statistik.rlp.de/index.php?id=2818&tx_ttnews%5btt_news%5d=900

5. Baumholder bleibt?!

Wie schnell sich die Situationen ändern ... In der vorletzten Ausgabe von KB hatten wir noch über die Ankündigung berichtet, dass die Amis aus Baumholder abziehen und damit der Standort der Polizeiinspektion erneut in Frage stünde. Nun: Rolle rückwärts. Einer Pressemeldung der Regierung war zu entnehmen:

„Die für Rheinland-Pfalz und vor allem die Stadt Baumholder gute und beruhigen-



de Nachricht ist, dass der Truppenübungsplatz ein dauerhafter Standort der US-Armee bleibt. Die Entscheidung gibt den Menschen in der Region, die wirtschaftlich von der Präsenz der Streitkräfte abhängig sind, nach Monaten der Unsicherheit eine positive Perspektive“, sagte Ministerpräsident **Kurt Beck** in einer ersten Reaktion.

Wie bereits seit längerem angekündigt, wird die 170. Infanteriebrigade im Oktober dieses Jahres aufgelöst. „Gleichzeitig werden nach und nach Logistikeinheiten von anderen Standorten nach Baumholder verlegt und dauerhaft stationiert. Das ist eine gute Nachricht für Baumholder, die Region und Rheinland-Pfalz. Dafür haben wir uns in den vergangenen Monaten und Jahren intensiv eingesetzt“, sagte Innenminister **Roger Lewentz**. Die Zahl der stationierten Soldaten wird unter dem Niveau der derzeit stationierten Kampfbrigade liegen. Statt der bisher stationierten ca. 4.400 Soldaten wird zukünftig mit 50 bis 60 Prozent dieser Stärke gerechnet. „Zwar werden insgesamt weniger US-Amerikaner in Baumholder stationiert sein, diese werden jedoch im Vergleich zu den Soldaten der Kampfbrigade voraussichtlich kontinuierlicher am regionalen Leben teilnehmen. Wir müssen daher abwarten, wie sich die genannte Reduktion der Stationierungszahlen in der Realität auswirkt“, so Lewentz.

6. Falschbetankungen: Keine technische Sperre

Aus Anlass erneuter Ingressnahmen wegen der Falschbetankung von Dieselfahrzeugen erneuerte der Hauptpersonalrat seine Forderung nach der Einführung technischer Sperren, die die Betankung mit Benzin verhindern.

Nach Auskunft der ZPT gibt es zwar Nachrüstsätze – sie erfüllen aber die zulasungsrechtlichen Voraussetzungen nicht. Die Hersteller sehen sich bisher nicht veranlasst, ihre Fahrzeuge entsprechend auszurüsten, teilte Barbara Otto (ISIM) mit. Dem Antrag des HPRP soll insofern gefolgt werden, dass bei den Ausschreibungen diese Anforderung mit höherem Gewicht versehen werden wird.

7. Vertrauensleute der GdP



Melanie Billen steht nicht nur den Tarifbeschäftigten, sondern auch den Beamtinnen und Beamten der KI Wittlich als vertrauensvolle Ansprechpartnerin zur Seite, wenn es um Probleme am Arbeitsplatz geht.

Seit einigen Wochen aktualisiert die Geschäftsstelle der GdP ihr Verzeichnis der Vertrauensleute in der GdP. Über 500 (!) Kolleginnen und Kollegen werden angerufen und nach ihren Sorgen und Nöten befragt, die Daten aktualisiert, Nachlieferungen für den Vertrauensleute Ordner bereit gestellt und Hilfe jeder Art angeboten. Die Vertrauensfrau, der Vertrauensmann soll erster Ansprechpartner der GdP für die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen sein. Ausgestattet mit einem hilfreichen Ordner mit Unterlagen für (fast) alle Fälle und Schulung durch entsprechende Seminare haben sich die Vertrauensleute für eine wichtige Bindefunktion zwischen den Mitgliedern

und den Kreis- und Bezirksgruppen bzw. dem Landesbezirk entscheiden. Wichtigste Aufgabe der Vertrauensleute ist, den Kontakt herzustellen zwischen dem ratsu-



chenden Mitglied und dem richtigen Ansprechpartner in der GdP. Niemand kann oder muss alles wissen: Nur gemeinsam sind wir stark!

Damit für alle Kolleginnen und Kollegen der Dienststelle sofort erkennbar ist, wer die Vertrauensleute der Dienststelle sind, soll an allen „Grünen Brettern“ von der Geschäftsstelle zu beziehende Aushänge angebracht sein. Wo das noch nicht der Fall ist, bitte bei der Kreisgruppe nachfragen.



Christoph Meyer und Manfred Sartoris sind seit Jahren das wichtigste Bindeglied zwischen den GdP-Mitgliedern der PI Daun und dem GdP-Kreisgruppenvorstand. Sie führen den Dialog vor Ort und sichern den Informationsfluss zwischen der Gewerkschaft und ihrer Basis.

8. Friedliche Gesinnung

Heinrich Heine: „*Ich habe die friedlichste Gesinnung. Meine Wünsche sind: eine bescheidene Hütte, ein Strohdach, aber ein gutes Bett, gutes Essen, Milch, Butter, sehr frisch, vor dem Fenster Blumen, vor der Tür einige schöne Bäume, und wenn der liebe Gott mich ganz glücklich machen will, läßt er mich die Freude erleben, daß an diesen Bäumen etwa sechs bis sieben meiner Feinde aufgehängt werden. Mit gerührtem Herzen werde ich ihnen vor ihrem Tode alle Unbill verzeihen, die sie mir im Leben zugefügt – ja, man muß seinen Feinden verzeihen, aber nicht früher, als bis sie gehenkt werden.*“

9. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!



Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land hat unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ auf den Markt gebracht.

Bei den Kreisgruppen liegen Ansichtsexemplare bereit, Bestellungen können dort aufgegeben werden.

477 Seiten praktische Hilfe bei der komplexen Materie des Beihilferechts für nur 12,50 €.

GdP Mitglieder zahlen den Vorzugspreis von 10,00 €!



10. Leserbrief zu DP 3/2012

„Hallo Heinz-Werner!

Dein Artikel in der Deutschen Polizei vom März trifft den Nagel aber genau auf den Kopf.

Es wurde wirklich Zeit, dass es genau so mal gesagt und veröffentlicht wird. Erlaube mir eine Anmerkung: Nicht nur die Versorgungsempfänger bekommen die Familienzulage gekürzt. Auch aktive Beamte, so wie ich, sind betroffen. Denn ich bin nicht, wie es oftmals heißt, kinderlos und bekomme den Zuschlag gekürzt. Ich habe zwei erwachsene Kinder, die noch bei mir wohnen, weil das Geld vom eigenen Verdienst noch nicht reicht für eine eigene Wohnung. Und damals gab es für meine Kinder keine Krippenplätze, kein Audit, kein Erziehungsurlaub, keine Elternteilzeit und dergleichen.

Und ich bekomme nicht mal die Ausgleichszahlung. Dafür aber die Pension gekürzt, da der Familienzuschlag Teil der Pension ist.

Es interessiert niemand mehr, was unsere Generation geleistet hat. Scheinbar sind wir jetzt nur noch lästig, ein notwendiges Übel. Ich hoffe, dass dein Artikel auch auf höherer Ebene Wellen schlägt.“
Jürgen

Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.500 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de